

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 141 (1975)
Heft: 1

Artikel: Ernst, aber nicht hoffnungslos : die strategische Lage und unsere Möglichkeiten
Autor: Däniker, Gustav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-49558>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ernst, aber nicht hoffnungslos

Die strategische Lage und unsere Möglichkeiten

Oberst Gustav Däniker

Bei diesem Beitrag handelt es sich um den ersten Teil eines Vortrags, den der Verfasser zur Eröffnung des Winterprogramms 1974/75 vor der AOG Zürich gehalten hat. Die Erhellung des strategischen Gesamtzusammenhangs soll uns Klarheit darüber verschaffen, ob Einsatz und Pflichterfüllung bis ins Einzelne angesichts der unabsehbaren Entwicklungen im Großen noch immer ihren ursprünglichen Sinn besitzen. Eine stichhaltige Lagebeurteilung bietet die beste Gewähr gegen Zweifel und Anfechtung. Sbr

Die sicherheitspolitische Diskussion in Europa wird auf den verschiedensten Ebenen geführt. Dabei stellt der Sachverstand der Diskussionsteilnehmer zweifellos eine wichtige Voraussetzung dar. Nicht minder wichtig scheint mir jedoch die **Geisteshaltung**, welche den Voten zugrunde liegt: **Optimisten** und **Pessimisten** begegnen sich; Kurzschlüsse werden gerne kolportiert, wenn sie der eigenen vorgefaßten Meinung entgegenkommen; **Realisten** haben einen schweren Stand. Nachdem aber nirgends so wie in der Strategie das **psychologische Element von entscheidender Bedeutung** ist, sei für einmal der Tenor der Argumentation als **Ordnungsprinzip** gewählt.

Von der Utopie zur «Strategie des Wagnisses»

Noch ist die zweifelhafte Logik nicht ausgestorben, welche die Tatsache, daß in Europa seit 1945 kein Krieg mehr stattfand, als Beweis dafür anführt, die **militärische Bereitschaft** sei im Grunde **unnötig**. Die NATO, so wird aus eher taktischen als ehrlichen Gründen gefolgert, habe nur Spannungen erzeugt, die Russen hätten nie daran gedacht, den Westen zu überfallen. Auch jetzt würde man mit Vorteil auf das ständige «**Säbelrasseln**», das nur **provociere**, verzichten.

Obwohl man ebensogut vorschlagen könnte, die Flußdämme einzureißen, nachdem es zu keinen Überschwemmungen gekommen sei, sind solche Appelle nicht selten. Sie ermutigen jene, welche ungeachtet der großen potentiellen Gefahr seitens der östlichen

Militärmacht die Zeit für gekommen halten, alle Aufmerksamkeit und alle Anstrengungen auf die «**Erfindung des wahren Friedens**» zu konzentrieren, die in der Erforschung von Konfliktursachen und im Abbau sogenannter «**struktureller Gewalt**» besteht. Sie laufen Sturm gegen Streitkräfte, die in ihren Augen so oder so **Gewalt produzierten**, und noch mehr gegen die **Rüstungspolitik**, die von einer gewinnlusternen Industrie stets zu neuen, ertragreichen Runden des Rüstungswettlaufes angestachelt werde. Ein besonders kühner Vertreter solcher Theorie ging kürzlich sogar so weit, selbst die gegenseitige Rüstungsbeschränkung der Supermächte lediglich als einen Trick zur intensiveren Fortsetzung der Rüstungen bloßzustellen.

Der alte Ruf «Verzicht auf Krieg und Gewalt!» wird heute sublimiert zu einer «**Strategie des Wagnisses**». Man müsse den Mut haben, auf Gewaltmittel zu verzichten, und der Friede sei gesichert. Man müsse «nur» die **Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen**, und alle Gründe für Zwiste zwischen den Völkern seien beseitigt.

Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens, so sehr wie bei der **Entspannung**, der die europäischen Völker entgegenhungen, gleichzeitig aber vergessen, daß diese Entspannung von derselben Sowjetunion propagiert wird, die ihre militärische Macht unaufhörlich ausbaut und vor der ein Sacharow und ein Solschenizyn warnen. Sie sind im weiteren geneigt zu vergessen, daß die **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**, die kaum Fortschritte macht, weil die Sowjet-

union **jeden Wunsch nach Liberalisierung über die Grenzen** hinweg als Angriff ansieht, auf sowjetischen Wunsch tagt und primär ein **Vehikel sowjetischer Westpolitik** ist. Sie sind geneigt, das **Gespräch über beidseitigen Truppenabbau**, das an der sowjetischen Weigerung, ihr militärisches Übergewicht zu reduzieren, zu scheitern droht, bereits als Fortschritt anzusehen, der erlaubt, in den eigenen Verteidigungsanstrengungen nachzulassen.

Diese Mischung von Illusionen, weltfremdem Optimismus, Kurzschlüssen und heuchlerischer Taktik steckt weit herum an. Sie macht es den Regierungen schwer, jenen zu widersprechen, welche Rattenfängern gleich die Melodie einer «**Wagnispolitik zum Frieden**» in allen Tonarten spielen. Haben sie nicht recht? Wie soll der Friede entstehen, wenn man nicht endlich etwas Konkretes für ihn tut?

Welle der Resignation

Aber es gibt auch realere Gründe, welche der Selbstbehauptung Europas entgegenstehen: Da ist zunächst die **Atomangst**. Es hätte der umfangreichen Weizsäcker-Studie nicht bedurft, um zu zeigen, daß ein Atomkrieg verheerend wäre. Die gegenseitige **Abschreckung** spielt ja gerade aus diesem Grund. Die **Vergeltungsfähigkeit ist nun einmal der Schlüssel zur Atomstrategie**, wie schrecklich auch der Gedanke anmutet, daß jedes Volk die Geißel des andern sein soll.

Aber selbst wer begriffen hat, daß vorderhand das «**Gleichgewicht des Schreckens**» den Frieden sichert, hat Grund zur Sorge. Das atlantische Gespräch dreht sich seit langem und auch weiterhin um den **amerikanischen Beitrag zur Verteidigung Europas**. Nur mit ihm, so wissen wir, kann wenigstens auf absehbare Sicht ein **Gegengewicht gegen die Auswirkungen** der sowjetischen Militärmacht – seien sie «nur» politisch oder gar kriegertisch – gebildet werden. Und gerade er scheint **wackli-ger** als je zuvor. Über die US-Truppenpräsenz in Europa entscheiden letzten Endes amerikanische Politiker, die zahlreichen Pressionen unterliegen und die geneigt sein könnten, in ihrer Mehrheit dem sich verstärkenden Trend zum Isolationismus zu folgen. Vor allem unter zunehmendem wirtschaftlichem Druck; unter Umständen aber auch, wenn sie zur Überzeugung kämen, ein **Einverständnis unter Supermächten schütze die Vereinigten Staaten besser als ein Bündnis mit eigenwilligen und auf ihr nationales Prestige zu sehr bedachten Verbündeten** ...

Zum Pessimismus gibt im weiteren die **sowjetische Rüstung** Anlaß. Nicht nur werden die **Streitkräfte des War-**

schauer Paktes ständig modernisiert und weit mehr **Truppen an der Ostgrenze Europas** versammelt, als für die Befriedung der Satelliten nötig ist; nicht nur zeichnet sich dank der **Eismeer-, der Ostsee- und der Mittelmeerflotte** eine Art sowjetischer Einkreisung Westeuropas und eine **Bedrohung der Nachschublinien der NATO** ab; die Sowjetunion legt darüber hinaus zum erstenmal ein Schwergewicht auf ganz ausgesprochene **Interventionsstreitkräfte, wie Marinefüsiliere und Luftlandetruppen**; sie baut zum Beispiel, was sie bisher nie tat, auch **Flugzeugträger**. Nachdem sie in **SALT I** die quantitative Überlegenheit in den strategischen Atomwaffen und Auslieferungssystemen zugestanden erhalten hat, schickt sie sich an, die Amerikaner auch qualitativ einzuholen. Der vierte Nahostkrieg hat gezeigt, wie gut sie es versteht, in aller **Stille wirksamste Waffen** bereitzustellen.

Warum dies alles? Aus **Furcht vor der chinesischen Gefahr**? Aus echter Sorge um die **eigene Selbstbehauptung**? Oder darum, um eine **kühnere Macht- und Hegemoniepolitik** treiben zu können und durch Erfolge in der Welt die **inneren Schwierigkeiten** zu übertönen? Politologen mögen darüber rätseln, für den Pessimisten gibt es nur die eine Konsequenz: Früher oder später wird Westeuropa diesen Druck massiv zu spüren bekommen und sich politisch anpassen oder mit schlimmsten Folgen rechnen müssen.

Zum Zweifel an einer erfolgreichen Verteidigung gesellen sich die **Zweifel am Verteidigungswillen**. Wenn **wirtschaftliche Krisen** das revolutionäre Klima fördern, wer wird sich gegen die Sowjetunion noch wehren wollen, zumal diese die **indirekte Kriegführung** der Aufweichung meisterhaft beherrscht? Solche Zweifel schüren die **«Systemveränderer»** mit dem Geschick derjenigen, welche sämtliche Proportionen zu verwischen verstehen und soziales **Unbehagen und Probleme der Massengesellschaft** kurzerhand mit dem Verlust von Unabhängigkeit und Massentod gleichsetzen. Wer wenig denkt, wird bald einmal in ihre Klage einstimmen und zwischen einzelnen Ungerechtigkeiten in einer unvollkommenen, aber immerhin humanen Demokratie und der totalitären Versklavung ganzer Völker keinen Unterschied mehr sehen.

Realismus tut not

In solcher Lage hilft nur ein **Realismus**, der über die **bedrängende Flut erschütternder Fakten** hinweg auch **zeitlose Wahrheiten und Vertrauen schaffende Elemente** erkennen läßt. Zunächst das eine: Kein sogenannt sozialistischer Staat hat bisher seinen Bürgern eine bessere Lebensqualität gebracht als die

bei uns so oft verdächtigten westlichen Demokratien. Weniger individuelle Freiheit, weniger materieller Wohlstand jenseits der Grenzen ergeben nach wie vor ein **Gefälle**, das zwar weder von Ideologen noch von den sogenannten «nützlichen Idioten», aber um so deutlicher von der Mehrzahl nüchtern denkender Europäer klar erkannt wird. Die **Schweiz als Bestandteil dieser westlichen Welt** kann nicht zuletzt daraus ein wesentliches Motiv für die Aufrechterhaltung einer wirksamen Verteidigung schöpfen. Daß der **Preis dieser größeren Freiheit** zuweilen recht hoch ist und Menschliches, Allzumenschliches ebenfalls einen großen Spielraum hat, muß leider in Kauf genommen werden.

Auf den engeren sicherheitspolitischen Bereich bezogen, dürfen wir die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß das **atlantische Bündnis** trotz schweren Erschütterungen, namentlich an seiner südlichen Flanke, **nach wie vor wirksam** ist. Denn noch spielen die **Mechanismen der Abschreckung** in ihrem gesamten Ausmaß. Die **konventionellen Kräfte sind ausreichend, die verschiedenen Phasen einer «flexiblen Antwort» durch-exerzieren zu können**. Die Amerikaner in Europa haben daran einen nicht zu unterschätzenden Anteil. Eine bloß symbolische Präsenz würde die **Schwelle der Auslösung eines Nuklearkrieges** erheblich senken. Es scheint, daß sich gerade die Amerikaner dieses Zusammenhanges bewußt sind und deshalb massive Reduktionen ihres Expeditionskorps unterblieben.

Was nun aber die **nukleare Abschreckung** betrifft, so ist – mindestens vorläufig – das **Gleichgewicht zwischen den Supermächten nach wie vor vorhanden**. Der Ausgang der Kontroverse Kissinger-Schlesinger (mehr diplomatische Flexibilität oder mehr auf Stärke gestützte Wachsamkeit bei SALT) wird daran vorderhand nicht viel ändern. Eine **Erstschlagsdrohung der Sowjetunion** ist wohl auf **Jahre hinaus nicht glaubwürdig**.

Wichtig für Europa ist im besonderen, was mit den **Forward Based Systems (FBS)**, den um und in Europa stationierten sogenannten taktischen Atomwaffen, geschieht. Gelingt es der Sowjetunion, eine **«nukleare Entflechtung»** im europäischen Raum herbeizuführen und den Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen zu erzwingen, dann allerdings wäre das strategische Gleichgewicht gestört, und der politische, wenn nicht sogar der **effektive militärische Druck** der Sowjetunion würde ungebremst wachsen. So wird es ganz entscheidend darauf ankommen, was auf der **Konferenz für Truppenabbau** letztlich geschieht: Beugt sich der Westen den sowjetischen Forderungen nach unausgewogenen Truppenreduk-

tionen, welche die bereits übermächtige militärische Präsenz der Sowjetunion in Europa noch verfestigt, oder besitzt er die Kraft, seine sicherheitspolitischen Interessen auch dann wahrzunehmen, wenn weiterhin große Anstrengungen für die Verteidigung erbracht werden müssen?

Die **finanzielle Lage der westlichen Länder**, welche in den Militärausgaben eine besondere Last sehen, läßt das erstere befürchten; aber es gibt auch Anzeichen für ein weitsichtiges Verständnis der Notwendigkeiten. Ist die Sowjetunion – so wie es heute den Anschein macht – nicht bereit, auf eine **untere Stufe des Gleichgewichts zurückzuschalten**, und liegt ihr nichts an einem ausgewogenen sicherheitspolitischen Dialog, der den Interessen beider Seiten Rechnung trägt, so weiß der Westen wiederum ganz klar, woran er ist. Die Notwendigkeit einer Verstärkung seiner Selbstbehauptungsbemühungen wird dann sowohl für die Regierungen wie auch für die Völker leichter zu begründen sein. **Sicherheitskonferenz (KSZE)** und Gespräche über **Truppenabbau (MBFR)** beleuchten schlaglichtartig unsere sicherheitspolitische Lage in ihrer ganzen Problematik. Die sowjetische Friedenspropaganda gerät in Widerspruch mit ihren eigenen Konsequenzen.

Zur **Resignation** besteht also wenig Grund. Weshalb sollten sich 350 Millionen Westeuropäer von 200 Millionen Sowjetbürgern, die wahrlich alles andere als ein Paradies zu exportieren haben, direkt oder indirekt drangsaliieren lassen? Auch ist nicht einzusehen, weshalb die europäischen Staaten letztlich jenen Kräften in den eigenen Reihen folgen sollten, welche ohne Rücksicht auf demokratische Tradition mit **systematischen Unterwanderungsversuchen** oder gar **durch Anwendung von Gewalt** unsere Gesellschaftsordnung umstürzen wollen und dabei – bewußt oder unbewußt – das Spiel der sowjetischen Supermacht spielen.

Zusammenfassung

In der folgenden **Zusammenfassung** möchte ich noch einmal die **beunruhigenden** und die **beruhigenden** Aspekte unserer heutigen Situation gegenüberstellen.

Niemand wird verhehlen können, daß es eine ganze Reihe **Aspekte der ersten Kategorie** gibt. Sie stammen hauptsächlich aus dem politischen, dem wirtschaftlichen und dem psychologischen Bereich.

In erster Linie muß auf die gefährliche **Priorität der nationalen vor den allgemeinen sicherheitspolitischen Interessen** hingewiesen werden, die wir auf Grund der Entscheidungen von Staats-

männern rund um die Welt täglich belegt sehen. Das Hemd ist nach wie vor näher als der Rock! Und dies trotz ständigen Warnungen aus berufenem Munde. So hat kein Geringerer als **Kissinger** kürzlich eingehend über die wechselseitige Abhängigkeit der westlichen Staaten gesprochen. Die Welt stehe an einem **Scheidewege**, der im nächsten Jahrzehnt entweder zu «einer der großen Perioden menschlicher Kreativität oder zum Beginn außerordentlicher Unruhen» führen kann. Kissinger sprach nicht zu Unrecht von einer **weltweiten Mitverantwortung** für die **gemeinsamen Interessen**.

Diese Sicht der Dinge geht offenbar davon aus, daß es auch in Zukunft möglich sein wird, in den westlichen Demokratien **handlungsfähige Regierungen** aufrechtzuerhalten, die sich gegenüber inneren Schwierigkeiten und Angriffen auch **dann** durchsetzen können, wenn ihre Entscheidungen nicht populär sind. Wir hoffen, daß dies möglich ist. Die Verhältnisse in manchen europäischen Staaten zeigen allerdings ein weniger günstiges Bild. **Totalitäre Gruppen und Gruppierungen nützen sämtliche Möglichkeiten, um an die Macht zu gelangen.** Oder es soll, wie etwa in Portugal, die nach langen Jahren der Unterdrückung zurückgewonnene Freiheit umgehend gegen neue Abhängigkeiten eingetauscht werden. Der Mißbrauch des Wortes «Demokratie» durch die Kommunisten hilft mit, daß wir selbst oft kaum mehr wissen, welche Strömungen der Errichtung einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft dienen und welche bereits den Beginn neuer, totalitärer Strukturen darstellen.

Ähnliche Unsicherheiten entstehen durch die **fortdauernde Unterwanderung und Schwächung der westlichen Gesellschaftssysteme in praktisch allen Bereichen.** Die Tatsache, daß diese Gesellschaftssysteme in zahlreichen Segmenten und Funktionen reformbedürftig sind, liefert Extremisten aller Art die – leider in weiten Kreisen stillschweigend oder gar offen – bereits akzeptierte Entschuldigung, **außerhalb der Legalität dagegen** vorzugehen. Man scheint sich auch bei uns damit abzufinden, daß namentlich neulinke und anarchistische **Splittergruppen** das öffentliche Leben stark beeinflussen und mit doktrinärer Penetranz auch alle diejenigen in einen **Zustand ständiger Selbstverteidigung und Rechtfertigung** zwingen, deren Energien zum Wohle des Ganzen fruchtbarer eingesetzt werden sollten.

Nun sind es aber gewiß auch **echte Schwierigkeiten**, die uns zu schaffen machen. Die wachsenden **wirtschaftlichen Probleme**, die sich überall abzeichnen, sind an und für sich schwer zu meistern. In unserem Zusammenhang ist bedenklich, daß sie geeignet sind, die **wahre Rangordnung der Werte**

zu entkräften. Wer würde zu behaupten wagen, daß **Rezession** und **Arbeitslosigkeit** eher zum Zusammenschluß und zur **internationalen Solidarität** als zu blindem Extremismus und Egoismus führen werden? Bereits ein **kleiner Rückgang** im persönlichen Lebensstandard wird vermutlich genügen, Leuten, die seit Jahren einer **pausenlosen Propaganda** gegen unser Gesellschaftssystem ausgesetzt sind, den Beweis für die Richtigkeit dieser Propaganda zu liefern. Die sogenannten «**sozialistischen Gesellschaften**», die offenbar keine Arbeitslosigkeit kennen, erscheinen plötzlich in einem neuen, attraktiveren Licht.

Wir können sicher sein – und damit kommen wir wiederum zu unserem sicherheitspolitischen Ausgangspunkt zurück –, daß die **Sowjetunion diese Schwächen und Probleme** brutal ausnützen wird. Leonid Breschnew hat erst kürzlich ausführlich darüber gesprochen. Sie wird in ihre bereits meisterhafte **Politik der verbalen Entspannung** auf der einen Seite und der **ungebrochenen Rüstung** auf der andern Seite auch die **Karte «wirtschaftliche Veränderungen»** nach Möglichkeit einbeziehen, gebremst höchstwahrscheinlich nur durch ihre eigenen Bedürfnisse, die sich allerdings so zwingend erweisen könnten, daß Konzessionen zu erhalten sind. Das jüngste Beispiel ist das **Einlenken der Sowjetunion** auf eine liberale Auswanderungspolitik als Gegenleistung für die amerikanische Meistbegünstigung.

Damit kommen wir zu denjenigen Elementen, welche die ernste Lage relativieren. Zur Hoffnung scheint zunächst Anlaß zu geben, daß **weite Kreise in allen europäischen Ländern** nach wie vor einen **ungebrochenen Selbstbehauptungswillen** manifestieren. Eine «Finnlandisierung Westeuropas» (Ausrichtung der Außenpolitik und zum Teil selbst der Innenpolitik auf den mächtigen Nachbarn) ist bis jetzt nicht eingetreten. Der **Wille der NATO-Staaten**, ihre gemeinsamen Schutzbestrebungen aufrechtzuerhalten, ist den verschiedensten Zwischenfällen, selbst der Zypernkrise, zum Trotz klar ersichtlich. Dazu trägt wesentlich bei, daß die USA die **strategische Wichtigkeit Europas** trotz den eingangs erwähnten Befürchtungen nach wie vor anerkennen und deren Bedeutung entsprechend bereit sind, ihren Anteil an der **Verteidigung unseres Kontinents** weiterhin zu leisten. Um aber noch einmal Kissinger zu zitieren: Die Vereinigten Staaten können ihr traditionelles Übergewicht nur dann abstreifen, wenn sie erkennen, daß die auftauchenden Entscheidungen auch von den andern Staaten der westlichen Hemisphäre als ihre eigenen er-

kannt werden. «Das verlangt ein Maß von finanzieller Solidarität, ein Maß von Lastenteilung und ein Maß von Festlegung gemeinsamer Ziele, das nicht auf einer rein nationalen Basis erreicht werden kann. Und dies erfordert ein **vereinigtes Europa**; denn mit einer Überfülle von Nationalstaaten werden wir niemals fähig sein, dies zu verwirklichen.»

Solche Worte mögen für manchen Europäer schwer zu akzeptieren sein. Sie enthalten eine Spur zu deutlich die amerikanische Sicht der Dinge und scheinen von einer zentralistischen Vorstellung Europas auszugehen, die namentlich uns Schweizern nicht behagt. Aber selbst wir können kaum leugnen, daß die zwar langsame, aber doch sichtbare **Entwicklung von der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer auch politisch deutlicheren Gemeinschaft** in manchen Bereichen auch in unserem Sinne liegt. Mindestens in bezug auf das **strategische Gleichgewicht**, das nicht zuletzt auch unsere Sicherheit weitgehend bestimmt.

Wenn ich nun noch auf einen **wirtschaftlichen Punkt** eingehe und die **Herausforderung der Industrienationen** durch die ölproduzierenden Länder als heilsam bezeichne, wird man mir möglicherweise nicht ohne weiteres folgen können. Ich glaube aber, daß diese Demonstration, wie rasch das **Weltwirtschafts- und Finanzsystem** aus dem Gleichgewicht gebracht werden kann, uns allen helfen wird, die **ökonomischen Realitäten** klarer zu sehen. Wir haben drastischer als aus der Publikation des Club of Rome über die **Grenzen des Wachstums** erfahren, wo unsere **heutigen Grenzen** liegen und wo **neue Lösungen** gesucht und gefunden werden müssen. Nur am Rande sei vermerkt, daß **Erpressungen auf dem Energiesektor** mit zu den gefährlichsten Konfliktursachen gehören. Wir hoffen, daß es auch den arabischen Führern inzwischen klar geworden ist, wie rasch sie selbst von ihrer extremen Preispolitik betroffen werden. Die sogenannte «**Ölwaffe**» könnte sich recht plötzlich in einen Bumerang verwandeln.

Zum Schluß dieses weltstrategischen Überblicks liegt es mir daran, noch einmal auf das **wesentlichste Element unserer Hoffnung** zurückzukommen. Solange es nicht nur im Westen, sondern sogar im Osten **Persönlichkeiten** gibt, die, wie Solschenizyn sagt, vom Vertrauen in sich selbst getragen, die mächtigsten Kräfte in der Welt beeinflussen und mit der **Bereitschaft zu Opfern und selbst Tod** der angreifenden Gewalt gegenüber erklären: «Keinen Schritt weiter», so lange wird die Verteidigung des individuellen und des universellen **Friedens in Freiheit** kein Ding der Unmöglichkeit sein.